

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Karlsbad am 08. Juli 2010 im Bürgersaal des Neuen Rathauses in Karlsbad-Langensteinbach



Beginn: 19:05 Uhr

Ende: 21:40

Verhandelt:

Karlsbad, 8. Juli 2010

Bürgermeister:

Rudi Knodel

Anwesende:

Gemeinderäte

- Amann Manfred 19:20 Uhr
- Badewien-Oehler Dorothea
- Becker Otto
- Bodemer Rolf
- Christmann Heike
- Dummler Reinhard
- Günther Heike
- Haas Reinhard
- Haller Helmut
- Herrmann Jürgen
- Höger Günther
- Höger Otto
- Hoffer Walter

- Karcher Joachim
- Kiesinger Peter krank
- Metz Günter
- Müller Willibald
- Nürnberg Cornelia entschuldigt
- Rädle Roland entschuldigt
- Rohrer Uwe
- Dr. Rupp Martin
- Schlifkowitz Hielta
- Schmidt Michael
- Steigerwald Klaus entschuldigt
- Vollmer Susanna
- Welte Michael

Gäste:

Frau Schippalies

Ortsvorsteher:

Helmut Kunz

Schriftführer:

Hans-Dieter Stößer

Verwaltung:

- Roland Tibi
- Simone Kruthoff
- Dr. Klaus Rösch
- Joachim Guthmann

- Ronald Knackfuß
- Hans-Dieter Stößer
- Jürgen Augenstein
- Benedikt Kleiner

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 29.06.2010 ordnungsgemäß eingeladen worden und die öffentliche Tagesordnung im Mitteilungsblatt am 01. Juli erschienen ist und das Kollegium beschlussfähig ist, weil 22 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Höger Günter, Herrmann Jürgen, Steigerwald Klaus, Rohrer Uwe



Der Gemeinderat erhebt sich zum Gedenken an den verstorbenen Friedrich Wilhelm Braun – Mitglied im ersten Gemeinderat der fusionierten Gemeinde Karlsbad von 1971 bis 1976 und dem verstorbenen ehemaligen Landrat Dr. jur. Bernhard Ditteney

Zu 1.) Bekanntgaben

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß informiert, dass die Sanierung der L 622 von Ittersbach bis Langenalb ab Montag, 12. Juli beginnt. In Sachen Autobahnausbau A 8 sei die Gemeinde informiert worden, dass die Mittelzuteilung für die vorgesehenen Arbeiten nicht ausreiche. Zuerst soll die Pfinztalbrücke in Angriff genommen werden. Die weiteren Arbeiten verzögerten sich. Man bemühe sich, die Verzögerung auf ein halbes Jahr zu begrenzen. Der Vorsitzende informiert, dass Sabine Ruckteschler-Habermann als neue Schulleiterin der Grundschule Auerbach in nächster Zeit offiziell eingeführt wird.

Zu 2.) Fragen der Gemeinderäte

GR Rolf Bodemer (Freie Wähler) kritisiert, dass durch das Entfernen von Bäumen im Bereich des Autobahnausbaus A 8 der Lärmpegel unerträglich geworden sei und forderte, dass Lärmschutzwälle aufgeschüttet werden. Auch im Bereich von Gräben und in der Wiesenstraße und deren Umfeld gebe es Beeinträchtigungen durch die Baumaßnahme. Ortsbaumeister Ronald Knackfuß sagt, dass man die Anregungen zum Schallschutz weitergebe und sichert in Bezug auf die Beeinträchtigungen zu, dass die ursprünglichen Zustände nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder hergestellt werden müssten.

Zu 3.) Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Stöckmädle/Reutäcker" in Karlsbad-Ittersbach

a) Beschlussfassung über die vorgetragene Stellungnahme

b) Billigung der geänderten Planung und Beschluss zur Durchführung einer erneuten, auf 14 Tage verkürzten Offenlage

Vorl. G 10/053

GR Manfred Amann (CDU) erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungsraum. Der Vorsitzende sagt, dass Unterpunkt a) nicht beschlossen wird.

Joachim Guthmann vom Bauamt erläutert, dass sich das Sondergebiet als problematisch erwiesen habe. Mit den jetzt vorgeschlagenen Änderungen habe man die Festsetzungen wieder auf das normale Gewerbegebiet zurückgeführt. Man habe die Träger öffentlicher Belange in die Planung mit einbezogen und die Bürgerschaft im Rahmen der Offenlage des Bebauungsplanentwurfes beteiligt. Dabei habe das ausgewiesene „Sondergebiet“ zu kritischen und ablehnenden Stellungnahmen aus der Bürgerschaft und benachbarten Firmen geführt. Nach intensiven Gesprächen mit den Gemeinderatsfraktionen sowie den Beteiligten vor Ort schlage die Verwaltung vor, auf die Ausweisung des Sondergebietes zu verzichten.

GR Günter Höger (CDU) hofft, dass die Gewerbegebietserschließung nunmehr endlich zu Ende gebracht wird. Er bedauert allerdings, dass das dort ansässige Bagger- und Aushubunternehmen auf der ursprünglich geplanten „Sondergebietsfläche“ zweimal dem Wunsch der Gemeinde entgegengekommen sei. Ortsvorsteher Günter Metz (Freie Wähler) stellt dar, dass der Ortschaftsrat sich mehrheitlich gegen dieses Sondergebiet ausgesprochen habe. Er kritisiert nochmals



die Bedarfsangabe für die Erweiterung und meint, dass eine zweite Ausfahrt realisierbar gewesen wäre. Der Vorsitzende entgegnet, dass die Bedarfsumfrage 2007 stattgefunden habe und nochmals aktualisiert wird. Die Unternehmen seien gelistet worden. Gegen eine zweite Ausfahrt sprechen vor allem Kostengründe.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) zeigt sich erfreut darüber, dass das Sondergebiet weggefallen ist. Negativ sei allerdings, dass das Gewerbegebiet Stöckmädle in Ittersbach überhaupt erweitert wird.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, folgendes zu beschließen:

Die geänderte Planung wird gebilligt und die erneute Auslegung nach § 4a Abs. 3 BauGB beschlossen. Die Auslegung wird auf 14 Tage verkürzt. Stellungnahmen werden nur zu den geänderten/ergänzten Punkten zugelassen.

Mit 16 Jastimmen, 5 Neinstimmen und 1 Enthaltung beschließt dies der Gemeinderat.

Zu 4.) 2. Änderung des Bebauungsplanes und der Örtlichen Bauvorschriften „Ortmitte Auerbach“ - Billigung der Planung und Beschlussfassung zur Durchführung der Offenlage Vorl. G 10/054

GR Manfred Amann (CDU) nimmt wieder im Sitzungskreis Platz.

Benedikt Kleiner vom Bauamt erläutert, dass man in insgesamt vier Bereichen die Vorgaben geändert habe. Der Bebauungsplan soll dann so wie im Ortschaftsrat beschlossen umgesetzt werden.

GR Günter Höger (CDU) meint, dass „gut Ding Weil haben will“ und hofft, dass es jetzt auch mit dem Verkauf voran gehen wird. Rechnungsamtsleiterin Simone Kruthoff sichert zu, dass man jetzt verstärkt in die Vermarktung einsteigen wird.

Ortsvorsteher Kunz hofft ebenfalls, dass das Gebiet jetzt läuft. Er betont jedoch, dass ein Altersheim oder eine vergleichbare Einrichtung in Auerbach sinnvoll und machbar gewesen wäre. Auerbach habe eine Chance verpasst.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, den beigefügten Planentwurf zu billigen und die Offenlage zu beschließen.

Der Gemeinderat beschließt dies mit 23 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

Zu 5.) Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss eines städtebaulichenVertrages nach § 11 und eines Erschließungsvertrages nach § 124 BauGB zum Bebauungsplan "Einkaufsmarkt Spielberg" Vorl. B 10/054 und Vorl. G 10/055

Benedikt Kleiner hält Sachvortrag. Ein Baugesuch und die Mietverträge liegen bereits vor.

Ortsvorsteher Reinhard Haas (SPD) freut sich, dass ein lang diskutiertes Projekt jetzt kommt.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, zu beschließen, dem städtebaulichen Vertrag gemäß beigefügtem Vertragsentwurf mit der Projekt Invest GmbH, Lahr zuzustimmen und die Verwaltung zu ermächtigen, den Vertrag entsprechend abzuschließen. Der Gemeinderat beschließt dies mit 19 Jastimmen und 4 Enthaltungen.



Zu 6.) Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung der 6. Änderung des Bebauungsplanes „Schneidergärten II“ im Bereich Mozartstraße/Silcherstr. Vorl. G 10/056

Benedikt Kleiner hält Sachvortrag. Die Änderung des Bebauungsplanes wurde vom Bau- Planungs- und Umweltausschuss und dem Ortschaftsrat Langensteinbach gut geheißen. Es möglich werden, dass vier freistehende Einzelhäuser auf dem Gelände gebaut werden können.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, die Aufstellung der 6. Änderung des Bebauungsplanes „Schneidergärten II“ für den in der Vorlage dargestellten Geltungsbe- reich zu beschließen.

Der Gemeinderat beschließt dies mit 23 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Ent- haltungen.

Zu 7.) Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche:

7.1. Vorl. G 10/057

Bauherr:	Bernfried PFEIL, Pforzheimer Straße 4, 76307 Karlsbad
Bauantrag:	Neubau einer landwirtschaftlichen Mehrzweckhalle
Grundstück:	Außenbereich Langensteinbach, Langensteinbach, Flst.Nr. 9823

7.2. Vorl. G 10/058

Bauherr:	Braun Grundstücksverwaltung , Im Stöckmädle 8, 76307 Karlsbad
Bauantrag:	Neubau eines Lager- und Bürogebäudes
Grundstück:	Im Stöckmädle 2-4, Ittersbach, Flst.Nr. 3795/19+3795/29

7.3. Vorl. G 10/059

Bauherr:	Projekt Invest GmbH , Europastraße 3/1, 77933 Lahr
Bauantrag:	Neubau eines Einzelhandesbetriebs
Grundstück:	Enzstraße 43, Spielberg, Flst.Nr. 4269 u.a.

Zu 7.1:

Kritisch wurde von verschiedenen Gemeinderäten gesehen, dass die Privilegierung landwirtschaftlicher Vorhaben nicht abänderbar ist. Benedikt Kleiner erläutert, dass die rechtlichen Vorgaben eindeutig sind und man bei Vorliegen der Voraussetzungen nichts verhindern könne. GR Helmut Haller (SPD) sprach in diesem Zusammenhang von einer Zersiedelung und Verschandelung der Landschaft.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, das Gemeindeeinvernehmen zu erteilen. Der Gemeinderat lehnte dies mit 7 Jastimmen, 9 Neinstimmen und 5 Enthaltungen ab

Zu 7.2:

Benedikt Kleiner hält Sachvortrag.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, das Gemeindeeinvernehmen zu erteilen. Der Gemeinderat erteilt dies mit 23 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltun- gen.



Zu 7.3:

Benedikt Kleiner hält Sachvortrag. Momentan könne die Baugenehmigung noch nicht erteilt werden (Vorlage wird im Bau- Planungs- und Umweltausschuss behandelt).

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, das Gemeindeeinvernehmen zu erteilen. Der Gemeinderat erteilt dies mit 23 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

Zu 8. Vorstellung des Verwaltungsvorschlags zur Reduzierung der Öffnungszeiten der Ortsverwaltungen Vorlage G 10/048

Hauptamtsleiter Roland Tibi stellt zu Beginn der Sitzung dar, dass der Gemeinderat sich sehr intensiv mit der Personalsituation auseinandergesetzt und letztlich einen Personalstopp beschlossen habe. Der Gemeinderat habe auch beschlossen, die Öffnungszeiten der Ortsverwaltungen zu reduzieren. Die Verwaltung sei beauftragt worden, einen Umsetzungsvorschlag zu reduzierten Öffnungszeiten und daraus resultierend verringerten Stellenanteilen der Ortsverwaltungen zu erarbeiten. Dazu haben man über vier Wochen Fallzahlen von üblichen und vergleichbaren Arbeiten in den untersuchten Ortsverwaltungen erhoben. Hinzu gerechnet habe man noch Zeiten für Protokollführung und Rentenanträge sowie Sekretariatsarbeiten für den Ortsvorsteher. Die Zahlen hielten einer Überprüfung stand. Vorgeschlagen werde, die Ortsverwaltungen in Auerbach (4 Stunden) und Mutschelbach (5 Stunden) einen halben Tag pro Woche und Ittersbach (7 Stunden) sowie Spielberg (8 Stunden) zwei halbe Tage in der Woche zu öffnen (bisher in den Ortsteilen jeweils halbtags von montags bis freitags geöffnet). Dadurch können 1,5 Stellen eingespart werden wovon 0,6 Stellen für Pflichtaufgaben benötigt werden. Letztlich verblieben 0,9 Stellen die auch abgebaut werden können. Die Verwaltung habe den personalwirtschaftlichen Auftrag, die Aufgaben mit dem geringstmöglichen Einsatz zu erbringen. Das erfasste Volumen an Leistungen könne mit den verringerten Öffnungszeiten erbracht werden.

GR Jürgen Herrmann sieht für die Freien Wähler das Rathaus und die Ortsverwaltung als Partner und Berater aller Bürgerinnen und Bürger. Bürgernähe, Rat, Hilfe und unbürokratische Unterstützung sowie Gleichbehandlung auch für ältere Bürger müssten gewährleistet werden. Man wolle eine uneingeschränkte Öffnungszeiten. Das zentrale Rathaus sei seit Einführung der neuen EDV-Struktur „Schnee von gestern“. Hierzu passten auch die verlagerten Arbeitsinhalte. Man warne die Verwaltung vor diesem Schritt. Eine vorgeschlagene Reduzierung des Bürgerbüros in Langensteinbach sei nach Aussage der Verwaltung nicht möglich gewesen.

Ortsvorsteher Günter Metz (Freie Wähler) spricht von einem „Ausbluten“ der Ortsteile und bringt Beispiele für weitere Einschränkungen. Ein moderateres Vorgehen wäre besser gewesen. Alle Bürger zahlten die gleichen Gebühren und die Leistungen werden drastisch gekürzt. Auch die weiteren Infrastrukturangebote in den Ortsteilen würden weniger werden. Irgendwann könnten sich die Ortsteile untereinander solidarisieren und ein anderes Ergebnis könnte erreicht werden.

GR Rolf Bodemer (Freie Wähler) sagt, dass die Verwaltung lediglich beauftragt worden sei, Vorschläge zu erarbeiten, diese jedoch von anderen Voraussetzungen ausgegangen sei. Das gewählte Verfahren der Gemeinde sei nicht richtig, man müsse ein analytisches Verfahren anwenden, welches noch andere Faktoren berücksichtige. Die bisherige Aufrechnung sei ohne personalwirtschaftlichen Hintergrund und eine Verkürzung der Öffnungszeiten von 5 Tagen auf 1 Tag könne nicht sein. Die Ortsschaftsverfassung sei ein Mittel zur Dekonzentration, verkürze Wege und sei bürgernah. Vernünftige und akzeptable Öffnungszeiten gehörten zum Bürgerservice. Au-



ßerdem sei Mutschelbach ein Sonderfall, weil kein Amt dabei sei. Bodemer und GR Karcher (Freie Wähler) zitieren auch Regelungen zur Ortsverwaltung die ihrer Meinung nach die Veränderungen in den Öffnungszeiten der Ortsverwaltungen von einer Anhörung der Ortschaftsräte abhängig machten.

Dem widersprechen der Vorsitzende und Hauptamtsleiter Roland Tibi. Ortsvorsteher Helmut Kunz (Freie Wähler) bricht ebenfalls eine Lanze für die Beschäftigten in den Ortsteilen und spricht von einem „Ausverkauf“. Man benötige die Arbeitsleistung der Mitarbeiterinnen in vollem Umfang. GR Günter Höger (CDU) meint, dass es immer schwer sei, etwas zu ändern. Man könne bei dieser Haushaltslage nicht alle Standards halten. Er sah einen Auftrag des Gemeinderates an die Verwaltung und diese sei entsprechend tätig geworden und habe Zahlen vorgelegt. Man gehe davon aus, offen und vollständig informiert zu sein. Als Kompromiss könne man 2 Tage in der Woche öffnen und diese Regelung nach einem Jahr überprüfen. Der Bürgermeister könne aufgrund seines Direktionsrechtes etwas umsetzen. Er beantrage, dass in der Verwaltung die Arbeitsplätze die mit Fallzahlen bewertbar sind, ebenfalls angegangen werden. GRin Badewien-Oehler (Bündnis 90/Grüne) spricht sich dafür aus, die Öffnungszeiten auf 2 Tage zu verteilen. GR Reinhard Haas (SPD) sieht beide Seiten: einerseits seien die Zahlen effizient und sachgerecht erhoben worden, andererseits würden die kleinen Ortsteile eingeschränkt, während das Bürgerbüro in Langensteinbach unverändert bestehen bleibe. Er könne nur bei einem Probelauf zustimmen. Falls dieser sich nicht bewährt habe, solle man zu den alten Regelungen zurückkehren.

Der Vorsitzende stellt klar, dass der Auftrag an die Verwaltung ein Mandat des Gemeinderates gewesen sei. Hauptamtsleiter Roland Tibi erläutert, dass ein zentrales Rathaus personalwirtschaftlich und organisationsmäßig besser sei. Die Umstellung werde sowieso überprüft und über die Ergebnisse berichtet. Fallzahlenermittlungen kämen auch in anderen Bereichen und veränderte Arbeiten wie sie beispielsweise beim neuen Personalausweis anfallen würden mit überprüft. Die Gemeinde könne Infrastrukturrückgänge in den Ortsteilen nicht ersetzen. Die Verwaltung habe auftragsgemäß die Reduzierung in Absprache mit den Ortsvorstehern, Mitarbeiter/innen und unter Mitwirkung des Personalrates geprüft und wie gewünscht vor 2011 über praktikable Lösungen berichtet. Der Vorsitzende zeigt sich irritiert über das Verhalten der Gemeinderäte und verweist auf eindeutige Aussagen in den nichtöffentlichen Vorberatungen. Die Organisationskompetenz der Bürgermeisters sei durch den Haushalt eingeschränkt worden.

GR Willibald Müller (Freie Wähler) meint, dass es besser sei, größere Einheiten auf Ämterebene zu schaffen und dadurch etwas zu sparen. Diese schwäche aber auch die Ortsteile, meint der Vorsitzende. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) spricht sich dafür aus, den Beschluss wie vorgeschlagen umzusetzen, allerdings sollten mindestens 2 Öffnungstage gewährleistet werden. GR Martin Rupp (CDU) hält ebenfalls eine Reduzierung der Öffnungszeiten auf 2 Tage für akzeptabel. Man habe wegen Weggängen im Personalbereich schnell reagieren müssen informiert Tibi.

GRin Heike Christmann (Freie Wähler) stellt den Geschäftsordnungsantrag, zuerst die Ortschaftsräte anzuhören.

Der Vorsitzende lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen (die Fraktionen äußern sich nicht weiter dazu). Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 11 Jastimmen, 9 Neinstimmen und 3 Enthaltungen angenommen.



**Zu 9. Sachstandsbericht Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) Bauhof/TA
Karlsbad/Waldbronn
Vorlage G 10/060**

Der Vorsitzende informiert über einen interfraktionellen Antrag zur interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Karlsbad, Marxzell und Waldbronn. Konkret geht es darin um die Zusammenlegung der Bauhöfe.

Der Vorsitzende sagt, dass man grundsätzlich sagen könne, dass die Nachbargemeinden gesprächsbereit zu dem Thema seien. Man werde eine Aufstellung liefern, allerdings nicht in dem gewünschten Rahmen. Denkbar sei, dass die Gemeindeprüfungsanstalt im Koordinierungsausschuss über den Zusammenschluss der Bauhöfe Böblingen und Sindelfingen referiere. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von dem Vorschlag des Vorsitzenden.

**Zu 10. Gesplittete Abwassergebühr
Vorl. G 10/061**

Rechnungsamtsleiterin Simone Kruthoff berichtet, dass man durch ein Gerichtsurteil gezwungen sei, künftig die Abwassergebühren nach einem so genannten gesplitteten Maßstab vorzunehmen. Bisher sei man bei der Berechnung der Abwassergebühr davon ausgegangen, dass bei allen Grundstücken die bezogene Frischwassermenge ungefähr im gleichen Verhältnis zu der auf dem Grundstück anfallenden Abwassermenge steht. In der Kalkulation der Gebühr pro Kubikmeter bezogenem Frischwasser sind neben den Kosten für die Schmutzwasserbeseitigung auch die Kosten für die Beseitigung von Regenwasser mit enthalten. Insbesondere für größere befestigte Grundstücke sei der Aufwand für die Regenwasserbeseitigung erheblich. Momentan bleibe unberücksichtigt, ob und wie viel Niederschlagswasser auf einem Grundstück anfällt und ob und wie viel davon auf dem Grundstück versickert oder direkt in die Kanalisation abgeleitet wird. Jetzt müssten nach der gesplitteten Abwassergebühr die Gebühren getrennt für die beiden Kostenanteile - Niederschlagswasser und Schmutzwasser - ermittelt und abgerechnet werden. Jeder Grundstückseigentümer soll möglichst genau nur die Leistung bezahlen, die er auch in Anspruch nimmt. Kruthoff verspricht sich durch eine schnelle Umsetzung weitere Vorteile. Auf Nachfrage sagt sie, dass Gewerbe- und Privatgrundstücke gleich behandelt würden. Der Vorsitzende sagt, dass ab 2011 die Bescheide richtig sein müssen. Man wolle das Thema möglichst zügig angehen – unter Einsatz externer Dienstleister.

**Zu 11. Übersicht über die Geschwindigkeitsmessungen im Jahr 2009
Vorlage G 10/062**

Sachgebietsleiter Jürgen Augenstein vom Ordnungsamt berichtet über die Geschwindigkeitsmessungen im Jahr 2009. Insgesamt wurden bei den festen und mobilen Einrichtungen circa 4,132 Millionen Fahrzeuge gemessen, was eine Steigerung von rund 150.000 Fahrzeugen gegenüber dem Vorjahr ausmacht. Insgesamt 11.768 Verkehrsteilnehmer (0, 28 Prozent) wurden beanstandet. Davon waren 149 Fahrzeuge mehr als 20 Km/h zu schnell, was ein Bußgeldverfahren und Punkte im Verkehrszentralregister bedeutet. Die Situation an den Ortseinfahrten mit festen Messstellen habe sich deutlich verbessert. Lagen vor Jahren die Überschreitungen noch bei zehn Prozent, so hat sich dieser Wert zwischenzeitlich auf 0,2 bis 0,3 Prozent reduziert. Nicht so positiv stellt sich die Situation bei den mobilen Messungen und besonders in den Tempo-30-Zonen der fünf Ortsteile dar. Hier liegt die Überschrei-



tungsquote bei circa 15 Prozent. Hier besteht auch in Zukunft Messbedarf. Die Verwarnungsgelder aus Geschwindigkeitsmessungen im Jahre 2009 brachten der Gemeinde ca. 148.000 Euro, zuzüglich rund 15.000 Euro an Einnahmen aus Verstößen beim ruhenden Verkehr. Allerdings mache man, so Augenstein weiter, keinen Gewinn, da den Einnahmen die Sachkosten, die Personalkosten sowie die Abschreibungskosten für die Investitionen und die Verzinsung des Anlagekapitals gegenüber stehen. Der Gewinn ist in der Hebung der Verkehrssicherheit zu sehen.

GR Günter Höger (CDU) sagt, dass die stationären Anlagen ihre Aufgabe erfolgreich erfüllt hätten und man keine weitere Anlage brauche. Kritisch sieht GR Günter Metz (Freie Wähler), dass man sich durch die Kürzung der Vergabemittel für die mobile Verkehrsüberwachung ein Stück weit ins eigene Fleisch schneide. GR Joachim Karcher (Freie Wähler) meint, dass hier der Gemeinderat nochmals neu überlegen müsse.

Zu 12. Genehmigung von Protokollen

Das Protokoll vom 22.6. wird mit 22 Jastimmen und einer Enthaltung und das Protokoll vom 19.5. mit 23 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen genehmigt.

Zu 13. Verschiedenes

Nichts.

Zu 14. Fragen der Zuhörer

Keine.



Bürgermeister Rudi Knodel

Gemeinderat Günter Höger

Gemeinderat Jürgen Herrmann

Gemeinderat Klaus Steigerwald

Gemeinderat Uwe Rohrer

Protokollführer Hans-Dieter Stößer